

Liebe Friedensinteressierte,

beiliegend einige Beiträge zu den Kriegen in der Ukraine und in der Region Naher und Mittlerer Osten - auch heute wieder einmal mit dem Hinweis versehen, dass ich die Beiträge für relevant halte, ohne mit allen Aussagen einverstanden zu sein:

1. n tv: Ukraine-Krieg im Liveticker

2. F.A.Z.: Ukraine Liveticker

3. ipg: Um Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, greift die ukrainische Regierung in die Wirtschaft ein wie selten zuvor.

4. Helmut Schmidt Stiftung und FES: Friedensförderung und Konfliktbearbeitung in einer sich wandelnden Weltordnung

5. SZ: Truppenabzug: Kampfpause im Gazastreifen

6. n tv: "Das wird geschehen" Netanjahu: Termin für Rafah-Offensive steht

7. Der Spiegel: Bis zu 37.000 potenzielle Zielpersonen -

Israel nutzt angeblich KI-System für Bombardements im Gazakrieg

8. Tagesschau: Klage vor dem IGH - Nicaragua prangert Deutschlands Israel-Hilfen an

9. taz: Deutsche Haltung zum Krieg in Gaza: Schärfere Töne gegen Israel

10. Die Welt: Lanz wirft Baerbock und der Bundesregierung „Heuchelei“ vor

11. FR: Nancy Fraser über Ausladung von Uni Köln:

„Wird der deutschen Wissenschaft erheblichen Schaden zufügen“

12. IPG: Marcus Schneider: Zeichen auf Sturm

13. Forum ZFD: Gaza: Waffenstillstand JETZT

1. n tv: Ukraine-Krieg im Liveticker

<https://www.n-tv.de/politik/11-41-Waffen-und-Munition-im-Wert-von-3-5-Milliarden-Euro-im-ersten-Quartal-an-Ukraine-exportiert--article23143824.html>

10.04.2024

Ukraine-Krieg im Liveticker

11:41

Waffen und Munition im Wert von 3,5 Milliarden Euro im ersten Quartal an Ukraine exportiert

Die Bundesregierung hat im ersten Quartal dieses Jahres Rüstungsexporte im Wert von knapp 4,9 Milliarden Euro genehmigt.

Davon waren Güter im Wert von 3,5 Milliarden - also 72 Prozent des Gesamtvolumens - für die Ukraine bestimmt, wie aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums an die BSW-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen hervorgeht, die der Nachrichtenagentur AFP vorliegt. Von den 4,9 Milliarden Euro entfallen demnach 3,7 Milliarden Euro auf Kriegswaffen.

Für Singapur auf Platz zwei wurden Exporte für knapp 584 Millionen Euro freigegeben. Die Zahlen sind laut Ministerium vorläufig und können sich "durch Berichtigungen und Fehlerkorrekturen noch ändern".

2. F.A.Z.: Ukraine Liveticker

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-liveticker-sanktionen-gegen-russische-oligarchen-unzulaessig-faz-19030454.html>

(...)

10.04.2024, 07:02 Uhr

Rebecca Boucsein

Das Gericht der EU hat Sanktionsbeschlüsse der Europäischen Union gegen die russischen Oligarchen Michail Fridman und Pjotr Awen gekippt. Der Rat der EU habe bei den Entscheidungen zwischen Februar 2022 und März 2023 keine hinreichenden Belege für die Aufnahme in die Sanktionsliste geliefert, entschieden die Richter am Mittwoch in Luxemburg.

Die Sanktionsbeschlüsse waren als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gefasst worden.

(...)

9.4.2024 10:30 Uhr

Susanne Kusicke

China spricht sich für zeitnahe Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine aus.

Der chinesische Außenminister Wang Yi schlage eine Konferenz vor, die die „gleichberechtigte Teilnahme beider Länder“ anerkenne und auf der Friedensvorschläge auf Augenhöhe diskutiert werden könnten, teilte das Außenministerium der Volksrepublik laut der Agentur Reuters mit.

Wang habe sich bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow in Peking entsprechend geäußert, sagt ein Sprecher des Ministeriums.

—

9.4.2024 09:17 Uhr

Susanne Kusicke

Moskau und Peking wollen sich nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow gemeinsam gegen die angebliche Hegemonialpolitik des Westens stemmen.

Die Idee einer „doppelten Antwort“ auf die ihrer Ansicht nach gegen beide Länder betriebene „Eindämmungspolitik“ stamme von seinem Kollegen Wang Yi, sagte der russische Chefdiplomat laut Deutscher Presse-Agentur am Dienstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz in der chinesischen Hauptstadt.

Der 74-Jährige sagte weiter, dass die Beziehungen beider Länder auf einem Allzeithoch seien. Er bedankte sich für Chinas Unterstützung bei der Wiederwahl Putins und im Kampf gegen den Terror. Dieser werde fortgesetzt, sagte er mit Blick auf den blutigen Terroranschlag gegen die Konzerthalle Crocus City Hall bei Moskau.

Lawrow ist seit Montag in Peking zu Gast. Auf der Liste der Gesprächsthemen standen die Lage in der Asien-Pazifik-Region und die Zusammenarbeit beider Länder in internationalen Organisationen wie den UN, BRICS und G 20, wie die russische Seite vor Beginn der Reise mitgeteilt hatte. Lawrow und Wang Yi hatten sich zuletzt im Oktober ebenfalls in Peking getroffen, davor im September auch in Moskau.

Beobachtern zufolge galt Lawrows Treffen in Peking möglicherweise auch der Vorbereitung eines Besuchs Putins, der laut Medienberichten im Mai stattfinden könnte.

3. IPG: Um Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, greift die ukrainische Regierung in die Wirtschaft ein wie selten zuvor.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/stille-revolution-7433/?utm_campaign=de_40_20240408&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Europa 08.04.2024

Luke Cooper

Stille Revolution

Um Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, greift die ukrainische Regierung in die Wirtschaft ein wie selten zuvor.

Luke Cooper ist assoziierter Forschungsprofessor und Direktor des PeaceRep-Programms für die Ukraine an der London School for Economics and Political Science. Er arbeitet in der Forschungsgruppe Konflikt und bürgerschaftliches Engagement.

(...)

Ausgerechnet eine Regierung, deren Präsident sich als „wirtschaftsliberal“ bezeichnet, greift nun in einem Ausmaß in die Wirtschaft ein wie nie zuvor seit der Unabhängigkeit.

Auf der Konferenz über den Wiederaufbau der Ukraine (Ukraine Recovery Conference) im Juni 2023 in London gab es bereits die ersten Hinweise auf ein Umdenken, die jedoch einerseits zaghaft und in sich unschlüssig wirkten und denen es andererseits vor allem an Unterstützung durch die gesamte Regierung mangelte.

In der Tat warteten die Mitglieder der ukrainischen Delegation oft mit ziemlich widersprüchlichen Vorschlägen auf. Einige davon waren von typischen neoliberalen Denkweisen durchdrungen – wie etwa die Versprechungen an Investoren, den Arbeitsmarkt weiter zu deregulieren, selbst wenn das gegen die für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen Mindeststandards verstieß.

Zudem sollten niedrige steuerliche Rahmenbedingungen für Großinvestitionen in die Infrastruktur und den Energiesektor das dadurch gesicherte Wachstum finanzieren.

Es waren jedoch auch besonnenere Reden zu hören, in denen betont wurde, wie lang der Weg zum Wiederaufbau sei und dass es oberste Priorität habe, die Wirtschaft den Erfordernissen des Krieges anzupassen.

Allen voran widersprach der ukrainische Finanzminister Sergii Marchenko einigen anderen Regierungsmitgliedern, als er sich für eine Entwicklungsstrategie aussprach, bei der den ukrainischen Wirtschaftsbedürfnissen während der Kriegszeit ausdrücklich Vorrang eingeräumt wird.

Er erklärte: „Bisher waren wir für jede Art von Geld offen. Jetzt sind wir das nicht. Wer in der Ukraine investieren will, muss die Prioritäten der Ukraine akzeptieren.“

Die jetzige ukrainische Politik deutet darauf hin, dass diese

„Besonnenen“ die Oberhand in Kiew gewonnen haben. Völlig vom Tisch sind offenbar die Vorschläge von Rostyslaw Schurma, dem stellvertretenden Leiter des ukrainischen Präsidialamts, die Körperschafts-, Einkommens- und Mehrwertsteuer für die Dauer des Krieges auf den Pauschalsatz von zehn Prozent zu senken.

Stattdessen ist laut der ukrainischen Steuerstrategie (National Revenue Strategy for 2024–2030) vorgesehen, die Eintreibung der Steuern zu verbessern und die vielen in den letzten Jahren eingeführten Steuerschlupflöcher wieder zu schließen.

Das beinhaltet nicht nur die Rückkehr zu einer progressiven Einkommenssteuer, die Abschaffung des weit verbreiteten Systems der Scheinselbständigkeit – das es möglich machte, dass eigentlich angestellte Beschäftigte teils die absoluten Niedrigsteuersätze von lediglich zwei Prozent zahlen –, sondern auch die Einführung einer Übergewinnsteuer und von Maßnahmen, mit denen die Einhaltung der Richtlinien für die neue globale Mindestbesteuerung für Konzerne gesichert wird. (...)

Diese Steuerreform geht mit einer umfassenden Hinwendung zu einem wirtschaftlichen „Interventionismus“ einher. Die Vorstellung, dass Märkte in Kriegszeiten funktionieren könnten, wurde weitgehend aufgegeben. Während eine industriepolitische Strategie und eine Vorzugsbehandlung einheimischer Produzenten früher tabu waren, werden sie jetzt als entscheidend für die ukrainische Widerstandsfähigkeit im Krieg erachtet.

Die Mitglieder der ukrainischen Regierung haben immer wieder ihre Unterstützung zugesichert, zuvor ausgelagerte Prozesse für den Wiederaufbau in die einheimische Wirtschaft zurückzuholen. Sollte diese Politik von der EU oder der Welthandelsorganisation (WTO) rechtlich angefochten werden, könnte Kiew gezwungen sein, eine sogenannte National Security Exception von seinen internationalen Verpflichtungen geltend zu machen. (...)

Von allen Veränderungen, die in Kiew auf den Weg gebracht wurden, ist der ganzheitliche Ansatz, der vom ukrainischen Kabinett für die langfristige Entwicklung der Ukraine verfolgt wird, vielleicht der vielversprechendste.

Beispielsweise befürwortete Tetyana Berezhna, die stellvertretende Wirtschaftsministerin der Ukraine einen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation vom Dezember 2023, in dem es hieß, dass die Ukraine ihr angestrebtes Ziel eines BIP-Wachstums von sieben Prozent kaum erreichen könne, wenn sie nicht gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle und die Hindernisse für die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt vorgehe.

In diesem Sinne wird das Bestreben der Ukraine, nach dem Krieg die Produktionskapazität zu verbessern, nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es ihr gelingt, die Einkommen und das soziale Wohlergehen der breiten Bevölkerung zu steigern.

Die einfache Erklärung für die stille Abkehr der Ukraine vom Neoliberalismus sind der unaufhaltsame Anstieg der Militärausgaben und die Auswirkungen der kriegsbedingten Risiken für das Marktgeschehen.

Zusammen hat das zu einer vom Staat regulierten Wirtschaft geführt.

Nach vorläufigen Schätzungen des ukrainischen Zentrums für Wirtschaftsstrategie (Centre for Economic Strategy) betragen die Militärausgaben 2023 etwa 30 Prozent des BIP. Somit waren die Verteidigungsausgaben der Ukraine 2023 höher als die gesamten Staatsausgaben 2021.

Dieser drastische Anstieg bei den Militärausgaben wird zwangsläufig zu einer Umgestaltung des ukrainischen Wirtschaftsmodells führen, da es sich dabei um einen militärisch-industriellen Komplex handelt, bei dem ein effektiver staatlicher Eingriff nur über eine strategische Planung von Preisen, Organisationsstrukturen und Investitionen möglich ist.
(...)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielte beispielsweise eine wichtige Rolle dabei, die Ukraine von ihrer liberalen Steuerpolitik abzubringen, scheint jedoch einer Vorzugsbehandlung einheimischer Hersteller ablehnend gegenüberzustehen.

Auch der Beitrittsprozess zur Europäischen Union ist nicht gut auf die Bedürfnisse der Ukraine zugeschnitten, denn der Integrationsprozess in den EU-Binnenmarkt unterwirft ein Land, das sich im Krieg befindet, den gleichen „Wettbewerbsbedingungen“ wie alle anderen – die aus ukrainischer Perspektive aber alles andere als gleich sind.

Für Kiew wird es nicht leicht sein, in diesem komplexen strategischen Umfeld den richtigen Kurs zu finden. Aber trotz der entsetzlichen Gräueltaten des russischen Krieges und der zahlreichen, sich überall in der Welt ausbreitenden Krisen hat die Ukraine eine Trendwende vollzogen.

Aus diesem Kampf zwischen David und Goliath könnte David als unerwarteter Sieger hervorgehen.

Der vorherige Beitrag aus dem IPG-Journal stellt die wirtschaftliche Lage der Ukraine m.E. äußerst positiv dar - und geht nicht auf das Thema Korruption ein.

Der nachfolgende Beitrag beinhaltet u.a. die folgenden Aussagen zur Ukraine:

"Dennoch belegte sie unter den 25 postkommunistischen Ländern in den letzten drei Jahrzehnten den letzten Platz beim Wirtschaftswachstum.

Im Jahr 1991 war das Pro-Kopf-BIP des Landes etwa so hoch wie das Polens, aber 2015 betrug es nur noch ein Viertel oder ein Drittel des polnischen Wertes.

Bis 2019 (vor COVID-19 und der russischen Invasion) entwickelte sich die Ukraine schließlich zum ärmsten Land in Europa.“

<https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Was-spricht-fuer-einen-Waffenstillstand-mit-Teilungsplan-9679623.html?seite=all>

John Mueller ist Politikwissenschaftler an der Ohio State University,

Senior Fellow am Cato Institute und Mitglied der American Academy of Arts and Sciences.

Ukraine-Krieg: Was spricht für einen Waffenstillstand mit Teilungsplan?

10. April 2024

John Mueller

Kiew würde profitieren. Eine Annäherung an den Westen wäre möglich.

Warum auch Putin eine Aufteilung entgegenkommt.

Gastbeitrag

Um den russisch-ukrainischen Krieg auf diplomatischem Wege beizulegen, haben einige Analysten vorgeschlagen, die offensichtliche militärische Pattsituation in einem Waffenstillstandsabkommen zu akzeptieren, in dem die Ukraine entlang der derzeitigen Kampflinien aufgeteilt würde.

Eine Möglichkeit wäre, in ein solches Abkommen eine formale rechtliche Anerkennung der russischen Annexion der Krim und der von Russland kontrollierten Gebiete im Südosten der Ukraine aufzunehmen.

Eine andere, plausiblere Möglichkeit wäre, die Frage der formellen Anerkennung für weitere Verhandlungen nach Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen offenzulassen.

Korea als Blaupause

Das war der Weg, der für die Teilung Koreas nach dem Ende des Krieges 1953 gewählt wurde. (Siebzig Jahre später ist eine förmliche Beilegung des Krieges bis jetzt nicht erreicht.)

Und eine dritte Alternative wäre, Russlands Annexion der Krim im Jahr 2014 formell zu akzeptieren, die territorialen Aneignungen im Zuge der Invasion von 2022 aber für spätere Verhandlungen offenzulassen.

Alle drei Waffenstillstandsvorschläge gehen davon aus, dass die

Ukraine zumindest vorläufig etwa 18 Prozent ihres Territoriums von vor 2014 aufgeben würde. Abgesehen von der Beendigung des anhaltenden Chaos und der Zerstörung hätte die Ukraine durch diese Regelungen zwei Vorteile.

Erstens ist die Ukraine ohne die von den Russen eroberten Gebiete wirtschaftlich besser dran. Die Krim und das Donbass-Gebiet waren vor den russischen Angriffen eine Belastung für Kiew, und die Lage auf der Krim ist jetzt wahrscheinlich noch schlechter, da sie für gut betuchte Touristen aus Europa nicht mehr attraktiv ist.

Vorteile für Ukraine

Ein Großteil des restlichen eroberten Gebiets, aus dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung geflohen ist, ist eine Art Trümmerhaufen, für dessen Wiederaufbau die Russen zahlen müssten. Schätzungen zufolge zahlen sie in den besetzten Gebieten bereits jetzt rund elf Milliarden Dollar pro Jahr.

Selbst nach einem Waffenstillstand und einer Teilung müssten sie wahrscheinlich ihre Besetzung gegen Aufständische überwachen.

Zweitens würde ein dauerhafter Waffenstillstand dem Großteil der Ukraine die Chance (und den Ansporn) geben, die Probleme der Korruption und der wirtschaftlichen Stagnation anzugehen, die derzeit die Bemühungen des Landes um den Anschluss an den Westen behindern.

Die Bewältigung dieser Probleme wäre wahrscheinlich auch hilfreich und vielleicht sogar notwendig, um viele derjenigen, die aus ihrer Heimat geflohen sind, zur Rückkehr zu bewegen.

Es gibt eine Menge zu tun. Die Ukraine genießt viele Vorteile: eine reiche Geschichte, gut ausgebildete Arbeitskräfte und reichlich natürliche Ressourcen, darunter einige der besten landwirtschaftlichen Flächen der Welt.

Auf dem Weg zu einer Koexistenz

Dennoch belegte sie unter den 25 postkommunistischen Ländern in den letzten drei Jahrzehnten den letzten Platz beim Wirtschaftswachstum.

Im Jahr 1991 war das Pro-Kopf-BIP des Landes etwa so hoch wie das Polens, aber 2015 betrug es nur noch ein Viertel oder ein Drittel des polnischen Wertes.

Bis 2019 (vor COVID-19 und der russischen Invasion) entwickelte sich die Ukraine schließlich zum ärmsten Land in Europa.

Die Nordwestukraine könnte nach Beendigung des lähmenden Krieges vielleicht einen Weg finden, es Südkorea gleichzutun, dem es viel schlechter ging, als 1953 die Teilung und ein Waffenstillstand auf der Halbinsel ausgerufen wurden.

Wenn darauf Jahrzehnte des Friedens folgen, könnte es sein, dass die Ukraine und Russland – während sie weiterhin, wenn auch angespannt, über die Teilungsfrage verhandeln – allmählich eine tragfähige Koexistenz aufbauen könnten, die derjenigen der USA und Kanadas oder Deutschlands und Österreichs ähnelt – Beispiele, die Russlands

Staatschef Wladimir Putin einige Monate vor dem Krieg als Vorbild anführte.

Was von den Bedenken gegenüber Putin zu halten ist

Obwohl Putin in letzter Zeit häufig seine Bereitschaft zu Verhandlungen zum Ausdruck gebracht hat, gibt es erhebliche und verständliche Bedenken, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass er sich an einen Waffenstillstand hält, auch weil er möglicherweise weiter reichende Ziele verfolgt, vielleicht auch Pläne, die übrige Ukraine oder andere Länder in der Nachbarschaft, wie Polen, anzugreifen.

Jede Vereinbarung über eine Teilung würde eine Wette darauf enthalten, dass Putin keine derartigen Ambitionen hegt. Es stimmt, dass er einmal sagte: "Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz". Aber er fügte hinzu: "Wer sie zurückhaben will, hat kein Hirn".

Und angesichts der militärischen Probleme, die auf den russischen Einmarsch in der Ukraine folgten, scheint es unwahrscheinlich, dass er ähnliche Unternehmungen an anderen Orten starten wird, wo die Verteidiger besser vorbereitet wären oder die Sicherheit hätten, dass mächtigere Verbündete zu ihrer Verteidigung eingreifen.

Seine Prahlerei vor dem Krieg, russische Soldaten könnten "in zwei Tagen in Kiew sein", hat sich, gelinde gesagt, als hohl erwiesen.

Darüber hinaus scheint es klar zu sein, dass die Ukraine in den Augen Russlands eher ein Sonderfall als ein Sprungbrett für weitere Abenteuer ist – Russland braucht kaum mehr Land.

Putins Krieg als historisches Fiasko

Putin hat also möglicherweise keine Pläne für Gebiete, die er derzeit nicht kontrolliert, und er könnte bereit sein, eine Aufteilung wie in Korea zu akzeptieren und sich danach zu verhalten. Es würde ihm also entgegenkommen, das kostspielige Kriegschaos mit zumindest einem Anschein von Würde hinter sich zu lassen, und das russische Volk will das sicherlich auch.

Um die Medizin weniger bitter zu machen, könnte die Ukraine die (sinnlosen) Gesetze zur Herabwürdigung der russischen Sprache fallen lassen, wie z. B. das Gesetz, das von Geschäftsinhabern verlangt, alle Kunden auf Ukrainisch zu begrüßen. Auch die unzureichend wirksamen Sanktionen gegen Russland könnten verringert oder aufgehoben werden.

Insgesamt wird Putins Krieg wahrscheinlich als ein Fiasko in die Geschichte eingehen. Der ukrainische Nationalismus und die Feindseligkeit gegenüber Russland haben stark zugenommen, der Gebrauch der russischen Sprache geht weiter zurück, das Nato-Bündnis wurde erweitert und gestärkt, und der riesige westliche Markt für russisches Öl ist weitgehend weggebrochen.

Schon vor dem Krieg hielten Ökonomen die Aussichten auf ein substanzielles russisches Wirtschaftswachstum im nächsten Jahrzehnt in Putins wirtschaftlich niedergehender Kleptokratie für "düster".

Und sein Krieg dürfte potenzielle Käufer und Investoren für lange Zeit verprellt haben.

Westen muss Russland Garantien geben

Selbst wenn die Ukraine nicht offiziell der Nato beitrifft (was mehrere Mitglieder aufgrund der Korruption und anderer Missstände im Lande ohnehin ablehnen), kann das Bündnis dennoch eine Art Sicherheitsgarantie bieten, indem es der Ukraine Waffen und andere Unterstützung zusagt, falls Putin versuchen sollte, seinen Einfluss auszuweiten.

Gleichwohl wird Putin sicherlich versuchen, ein Teilungsabkommen als Sieg auszugeben. So könnte er beispielsweise behaupten, dass er nun eine Landbrücke zu den bedrängten Russen auf der Krim kontrolliert, obwohl das nicht zu seinen Forderungen gehörte, als er den Krieg begann.

Noch wichtiger ist, dass er den Erfolg für sich reklamieren wird, weil er, wie er beim Kriegsbeginn fantasierte, eine militärische Aufrüstung der Nato in der Ukraine unterlaufen habe, die das Bündnis schließlich dazu bringen würde, in Russland einzumarschieren, wie es Deutschland 1941 getan hatte. (...)

siehe auch:

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/der-russische-wiederaufbau-von-mariupol-und-die-beteiligung-deutscher-firmen-dlf-kultur-7079902e-100.html>

Wiederaufbau in Mariupol

Deutsche Firmen liefern Baumaterial an Besatzungsregime

Dornblüth, Gesine

05. April 2024, 06:07 Uhr

Deutsche Firmen sind am Wiederaufbau in der von Russland zerstörten ukrainischen Stadt Mariupol beteiligt. Obwohl es sich um ein völkerrechtswidrig besetztes Gebiet handelt, kommen dort offenbar Baustoffe aus Deutschland zum Einsatz.

4. Helmut Schmidt Stiftung und FES: Friedensförderung und Konfliktbearbeitung in einer sich wandelnden Weltordnung

https://www.helmut-schmidt.de/fileadmin/Aktuelles/Aktuelles_Veranstaltungen/Global_Expert_Group/2024_Februar_Bericht_Friedensfoerderung_und_Konfliktbearbeitung_in_einer_sich_wandelnden_Weltordnung.pdf

Neue Perspektiven:

Friedensförderung und Konfliktbearbeitung in einer sich wandelnden Weltordnung

Bericht | Februar 2024

In Europa wird Russlands breitflächiger Angriff auf die Ukraine seit Februar 2022 – der erste große zwischenstaatliche Krieg in einer von innerstaatlichen Konflikten geprägten Zeit – oft als historischer Einschnitt für Frieden und Sicherheit oder in den Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz als „Zeitenwende“ bezeichnet.

Dieser Einschätzung schließt man sich nicht überall auf der Welt an.

Der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar mahnte zum Beispiel: „Europa muss aus der Denkweise herauswachsen, dass Europas Probleme die Probleme der Welt sind“, aber die Probleme der Welt nicht die Probleme Europas.

Es werde oft übersehen, dass für weite Teile der Welt politisch ganz andere Prioritäten gelten.

(...)

Neuausrichtung der internationalen Zusammenarbeit: Russlands Angriff auf die Ukraine und die Reaktionen westlicher Staaten darauf machen einmal mehr sichtbar, dass viele Länder des Globalen Südens multilateralen Institutionen wie den UN, dem IWF und der WTO misstrauen, weil sie sie für ineffizient halten und sich nicht adäquat vertreten fühlen.

Es liegt im gemeinsamen Interesse vieler Länder des Globalen Südens und des Westens, Ungleichgewichte in multilateralen Institutionen zu beseitigen und gerechtere, für beide Seiten vorteilhaftere Partnerschaften aufzubauen.

Die Entscheidungen, die in multilateralen Institutionen getroffen werden, haben Folgen für die Lebensverhältnisse von Menschen auf der ganzen Welt. Länder des Globalen Südens werden sich nur dann für das Fortbestehen dieser Institutionen einsetzen, wenn sich ihre eigenen Interessen und Realitäten darin stärker abbilden.

Europäische Regierungen sollten daher ihren Einfluss als wichtige Geber nutzen, sich für eine Reform multilateraler Institutionen einsetzen und deren Handlungsfähigkeit angesichts der globalen Herausforderungen unserer Zeit sicherstellen, indem sie etwa dafür sorgen, dass die Länder des Globalen Südens ein wirksames Mitspracherecht erhalten und gleichberechtigt vertreten werden.

5. SZ: Truppenabzug: Kampfpause im Gazastreifen

<https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-truppenabzug-spekulationen-1.6532107?reduced=true>

Truppenabzug: Kampfpause im Gazastreifen

8. April 2024, 17:11 Uhr

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe waren bis zu 40 000 Soldaten im Gazastreifen.

Nun zieht Israel einen Großteil der Truppen zurück.

Ist das der Weg zu einer längeren Waffenruhe - oder folgt die nächste Offensive?

Von Peter Münch, Tel Aviv

(...)

6. n tv: "Das wird geschehen" Netanjahu: Termin für Rafah-Offensive steht

<https://www.n-tv.de/politik/Netanjahu-Termin-fuer-Rafah-Offensive-steht-article24858966.html>

"Das wird geschehen" Netanjahu: Termin für Rafah-Offensive steht

08.04.2024, 20:55 Uhr

Mit Nachdruck sprechen sich die USA gegen einen israelischen Einmarsch in Rafah aus. Ungeachtet dessen teilt Ministerpräsident Netanjahu nun mit, Israel habe sich auf ein konkretes Datum für die Offensive festgelegt. Washington weiß nach eigenen Angaben noch von nichts.

Nach den Worten des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu steht der Termin für die Offensive in Rafah im Gazastreifen fest. "Für den Sieg ist es erforderlich, Rafah einzunehmen und die dortigen Terrorbataillone zu eliminieren", sagte er in einer Stellungnahme. "Das wird geschehen, es gibt ein Datum." (...)

Einmarsch für Biden "rote Linie"

Israel zufolge ist die Stadt an der Grenze zu Ägypten die letzte verbliebene Hamas-Hochburg in dem Palästinensergebiet. Dort befinden sich mehr als 1,5 Millionen geflüchtete Bewohner des Gazastreifens. Die USA und Deutschland haben Israel wiederholt vor einer großangelegten Bodenoffensive in Rafah gewarnt.

US-Präsident Joe Biden hatte Netanjahu klargemacht, dass ein Einmarsch dort ohne vorherige Evakuierung der Zivilisten eine "rote Linie" für ihn wäre. (...)

USA: Hamas wurde Vorschlag unterbreitet

Derweil sehen die USA bei den Verhandlungen über eine Waffenruhe und Geiselfreilassungen im Gazastreifen die radikalislamische Hamas am Zug. Bei den Gesprächen in Kairo sei der Hamas "am Ende des Wochenendes ein Vorschlag unterbreitet worden", sagte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby, vor Journalisten. "Nun liegt es an der Hamas, diesen Vorschlag umzusetzen."

Seit dem Wochenende verhandeln Israel und die Hamas erneut unter der Vermittlung der USA, Ägyptens und Katars über ein Abkommen zur Geiselfreilassung und einer Feuerpause im Gazastreifen.

Der staatsnahe ägyptische Fernsehsender Al-Kahera News berichtete unter Berufung auf einen ranghohen Vertreter Ägyptens, bei den Gesprächen seien bei mehreren strittigen Punkten der zur Diskussion stehenden Abkommens "bedeutende Fortschritte" erzielt worden.

Die indirekten Gespräche seien "ernsthaft" gewesen, sagte Kirby nun. Es sei aber noch zu früh zu sagen, ob sie Früchte tragen würden. "Wir haben der Hamas einen Vorschlag unterbreitet und warten auf die Antwort der Hamas", sagte Kirby.

Nähere Einzelheiten zum Inhalt des Vorschlags nannte er nicht. Ein israelischer Regierungsvertreter sagte laut einem israelischen Medienbericht: "Wir sehen noch keine Einigung am Horizont."

Zur Reaktion der Hamas gibt es derweil widersprüchliche Berichte. Ein Vertreter der radikalislamischen Gruppe wies angebliche "Fortschritte" bei den Gesprächen zunächst zurück. Die Nachrichtenagentur AFP will jedoch aus Kreisen der Hamas erfahren haben, dass die Terrororganisation einen Vermittlervorschlag derzeit prüfe.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf den Hamas-Offiziellen Ali Baraka, die Hamas lehne den jüngsten Vorschlag für eine Feuerpause ab.

—

7. Der Spiegel: Bis zu 37.000 potenzielle Zielpersonen -

Israel nutzt angeblich KI-System für Bombardements im Gazakrieg

https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/israel-nutzt-angeblich-ki-system-fuer-bombardements-im-gazakrieg-a-8822ca47-c7b4-46d3-b77a-69ff1f6d4f3c?sara_ref=re-em-em-sh

Bis zu 37.000 potenzielle Zielpersonen

Israel nutzt angeblich KI-System für Bombardements im Gazakrieg

Ein KI-System namens Lavender soll Israel angeblich helfen, Palästinenser mit Verbindungen zur Hamas zu identifizieren.

Geheimdienstler machen drastische Aussagen zum Einsatz, das Militär widerspricht.

04.04.2024, 11.56 Uhr

Künstliche Intelligenz soll »viel Zeit gespart« haben bei der Auswahl möglicher Ziele im Gazakrieg, so erzählt es ein israelischer Offizier über ein neues, bisher unbekanntes Programm.

»Ich musste als Mensch nichts weiter tun, außer meinen Stempel zur Genehmigung drunterzusetzen.« Ein anderer erklärte, ein Statistikprogramm sei besser als ein trauernder Soldat, denn »jeder hier, auch ich, hat Menschen am 7. Oktober verloren. Die Maschine hat es kühl gemacht, und dadurch wurde es leichter.«

Die Aussagen haben der »Guardian« sowie der Journalist Yuval Abraham im »+972 Magazine« veröffentlicht. Sie stammen von sechs namentlich nicht genannten israelischen Geheimdienstoffizieren, die nach eigenen Angaben allesamt KI-Systeme verwenden, um Hamas-Zielpersonen zu identifizieren.

Lavender heißt demnach das KI-System. Es werde verwendet, um große Datenmengen schnell zu verarbeiten und potenzielle menschliche Ziele zu erkennen, in erster Linie Hamas-Kämpfer in niederen Rängen.

Vier der sechs Israelis sagten demnach aus, Lavender hätte zwischenzeitlich 37.000 Palästinenser identifiziert, die Verbindungen zu Hamas oder zum Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) haben sollen.

»Liefert uns mehr Zielpersonen«

Entwickelt worden sei das System von der Unit 8200, Israels staatlichen Elitehackern. Es beschleunige einen früher sehr viel arbeitsaufwendigeren Prozess: die Auswahl legitimer Zielpersonen.

»Liefert uns mehr Zielpersonen«, soll die Ansage der militärischen Führung gelautet haben, gaben die Quellen zu Protokoll. Um dem nachzukommen, habe man verstärkt auf Lavender gesetzt. Das System habe nach Angaben der Einheit 8200 eine Trefferquote von 90 Prozent.

Lavender sei in Ergänzung zu einem anderen KI-System namens The Gospel eingesetzt worden, das Gebäude und andere Strukturen als Ziele vorschlage.

Wie Lavender trainiert wurde und wie es im Detail funktioniert, geht aus den Aussagen nicht hervor. Auch ist unklar, ob die Informanten genug technisches Wissen haben, um Lavender korrekt einzuschätzen.

Ihren Aussagen zufolge ging mit dem Einsatz von Lavender zu Kriegsbeginn eine Art Blankoscheck für bestimmte Anzahlen ziviler Opfer einher, die Israels Militär in Kauf genommen habe.

Zwei der Quellen sagten aus, sie hätten bei Luftschlägen gegen Militante niedriger Ränge zwischen 15 und 20 Zivilisten töten dürfen. Entsprechende Angriffe seien mit sogenannten dummen Bomben durchgeführt worden, die ganze Häuser zerstörten und alle Menschen darin töteten.

Israels Militär widerspricht den Aussagen in Teilen

Eine Quelle sagte dem Bericht zufolge: »Wenn es um Militante in niedrigen Positionen geht, willst du keine menschlichen Ressourcen oder Zeit investieren.« Man sei daher bereit, die Fehlerquote einer künstlichen Intelligenz zu akzeptieren, also »Kollateralschäden und sterbende Zivilisten«, – »und damit zu leben«.

Die israelische Armee widersprach der Darstellung in Teilen . »Die IDF nutzen kein KI-System, das Terroristen identifiziert oder versucht vorherzusagen, ob eine Person ein Terrorist ist.«

Die eingesetzten Systeme seien »lediglich Werkzeuge für Analysten im Zielidentifizierungsprozess«. Lavender sei auch gar kein System, sondern nur eine Datenbank für Querverweise von Geheimdienstquellen, »um aktuelle Informationen zu militärischen Operationen von Terrororganisationen zu produzieren«.

Es handle sich dabei nicht um bestätigte Funktionäre, die angegriffen werden dürften.

Der Einsatz »dummer Bomben« erfolge im Rahmen des internationalen Rechts und in einer Art und Weise, die »ein hohes Maß an Präzision« sicherstelle.

—

8. Tagesschau: Klage vor dem IGH - Nicaragua prangert Deutschlands Israel-Hilfen an

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/deutschland-den-haag-100.html>

Klage vor dem IGH - Nicaragua prangert Deutschlands Israel-Hilfen an

Stand: 08.04.2024 16:53 Uhr

Unterstützt Deutschland mit seiner Hilfe für Israel einen Völkermord im Gazastreifen?

Ja, sagt das autoritär regierte Nicaragua - und will mit einer Klage in Den Haag einen

Stopp deutscher Waffenlieferungen erzwingen.

Von Jakob Mayr, ARD Brüssel

(...)

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr den Export von Kriegswaffen im Wert von 20,1 Millionen Euro nach Israel genehmigt. Darunter waren tragbare Panzerabwehrwaffen, Munition, Zünder und Treibladungen.

Insgesamt genehmigte die Ampel-Regierung 2023 Rüstungsexporte im Wert von 326,5 Millionen Euro an Israel - zehnmal so viel wie im Vorjahr.

Neben Kriegswaffen sind in den Exporten auch sonstige Rüstungsgüter enthalten. In diese Kategorie fallen etwa gepanzerte Fahrzeuge oder militärische Lastwagen.

Mit Blick auf das Leiden der Zivilbevölkerung und die katastrophale Versorgungslage im Gazastreifen äußert sich die Bundesregierung inzwischen zunehmend kritischer über die israelische Militäroperation.
(...)

Die deutsche Seite weist die Anschuldigungen entschieden zurück. Sie hat am Dienstagvormittag zwei Stunden Zeit für ihr Plädoyer. Die Beauftragte für Völkerrecht im Auswärtigen Amt, Tania von Uslar-Gleichen, nannte Nicaraguas Darstellung eklatant einseitig.

Deutschland verletze weder die Völkermord-Konvention noch humanitäres Völkerrecht. Wann die 16 Richterinnen und Richter ihre Entscheidung verkünden, ist offen.

In den Niederlanden etwa hat ein Gericht der eigenen Regierung verboten, weiter F-35-Kampffjets an Israel zu liefern, weil diese eingesetzt werden könnten, um im Gazastreifen schwere Verstöße gegen das humanitäre Kriegsrecht zu begehen. (...)

Die 43-Seiten umfassende Klageschrift der Regierung Nicaraguas mit 104 Anklagepunkten gegen Deutschland findet sich hier:

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/193/193-20240301-app-01-00-en.pdf>

9. taz: Deutsche Haltung zum Krieg in Gaza: Schärfere Töne gegen Israel

<https://taz.de/Deutsche-Haltung-zum-Krieg-in-Gaza/!6002428/>

Deutsche Haltung zum Krieg in Gaza:

Schärfere Töne gegen Israel

Nach dem Angriff auf einen Hilfskonvoi im Gazastreifen fordern mehrere Oppositionspolitiker:innen, Waffenlieferungen nach Israel zu stoppen.

4. 4. 2024, 19:50 Uhr

Daniel Bax

(...)

Kanada liefert keine Waffen mehr

Kanada hatte bereits vor dem tödlichen Angriff auf die Hilfsorganisation World Central Kitchen angekündigt, keine Waffen mehr an Israel zu liefern, wie die kanadische Außenministerin Mélanie Joly am Dienstag bestätigte.

Die Situation vor Ort mache es „unmöglich“, irgendeine Art von militärischer Ausrüstung nach Israel zu exportieren. In Großbritannien haben jetzt 600 britische Juristen an die Regierung von Premier Rishi Sunak appelliert, alle Waffenverkäufe an Israel zu stoppen.

Mehrere deutsche Geisteswissenschaftler fordern die Bundesregierung ebenfalls zu einem Kurswechsel gegenüber Israels Regierung auf. „Die Strategie der bedingungslosen Unterstützung Israels ist gescheitert“, schreiben sie in einem offenen Brief.

Es sei „höchste Zeit, den Kurs zu ändern“. Die Forscher sehen es als erwiesen an, dass Israel in Gaza Kriegsverbrechen begeht. Die Bundesregierung müsse daher bereit sein, „das Verhalten der aktuellen israelischen Regierung zu verurteilen und zu sanktionieren“.

Der Bundesregierung machen die Wissenschaftler überdies den Vorwurf, mit ihrer gegenwärtigen Haltung internationale Institutionen zu schwächen.

Weder habe sie es verurteilt, dass UN-Mitarbeiter und Helfer des Roten Halbmonds durch die israelische Armee getötet wurden, noch habe sie die Angriffe der israelischen Regierung auf die UNO, die WHO und

insbesondere UNWRA kritisiert.

Stattdessen setze sich Deutschland dafür ein, Israel vor internationalen Gerichten vor Kritik in Schutz zu nehmen. Sie bezweifeln, dass das israelische Vorgehen der Sicherheit des Landes diene: Der Krieg in Gaza könne vielmehr die Feindseligkeiten verschärfen und zu weiterer Radikalisierung führen, fürchten sie.

Die Bundesregierung hat ihren Ton gegenüber Netanjahu zuletzt zwar verschärft. Vor echten Konsequenzen wie einem Stopp von Waffenlieferungen scheut sie aber noch zurück. Aydan Özoguz sieht trotzdem Bewegung.

Sowohl der Kanzler als auch die Außenministerin hätten in den vergangenen Wochen eine Waffenpause und mehr humanitäre Hilfe gefordert, sagte die SPD-Politikerin der taz. „Das macht mir Hoffnung.“

siehe dazu auch:

<https://statementisraelgaza.wordpress.com/de/>

Deutschlands Reaktionen auf den Israel-Gaza Krieg entsprechen nicht seinen eigenen Prinzipien

26. März 2024

(...)

10. Die Welt: Lanz wirft Baerbock und der Bundesregierung „Heuchelei“ vor

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article250863852/Markus-Lanz-wirft-Baerbock-und-der-Bundesregierung-Heuchelei-vor.html?cid=socialmedia.email.sharebutton>

Deutschland ZDF-Talk

Lanz wirft Baerbock und der Bundesregierung „Heuchelei“ vor

Stand: 05.04.2024

ZDF-Talkmaster Markus Lanz findet, dass die Bundesregierung und Außenministerin Annalena Baerbock beim Umgang mit Russland und Israel „doppelte Standards“ anwenden – sein Vorwurf: „Heuchelei“. Ein Journalist verteidigt die nicht anwesende Grünen-Politikerin: Die Doppelmoral habe gute Gründe.

In seiner ZDF-Talksendung am Mittwochabend hat Markus Lanz der nicht anwesenden Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und der gesamten Bundesregierung „doppelte Standards“ und „Heuchelei“ vorgeworfen. Lanz' Argumentation: Sowohl in der Ukraine und dem Nahen Osten würden zahlreiche Menschen sterben.

Doch während der russische Präsident Wladimir Putin seine Angriffe mit zivilen Opfern als Kriegsverbrechen angelastet werde, schweige man bei Israel und seinem Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Der Journalist Michael Bröcker, Chefredakteur von Table Media, verteidigte sie.

Lanz spricht von „Heuchelei“ und „doppelten Standards“

Wörtlich sagte der 55-jährige Talkmaster: „Aus meiner ganz einfachen empathisch-menschlichen Perspektive: Gerade wir, Deutschland, sind gerne eine moralische Supermacht in der Welt. Und es gibt jetzt natürlich so etwas wie den Vorwurf der doppelten Standards. Und es gibt die Frage: Wie gehen wir um mit einer gewissen Heuchelei?“

Ich mache Ihnen ein konkretes Beispiel: Wenn jemand wie Wladimir Putin in der Ukraine Wasserwerke, Wasserleitungen, Energieversorgungen lahmlegt, bombardiert, zerstört, kaputtmacht, dann stellt sich jemand wie Annalena Baerbock völlig zu Recht hin und sagt: Freunde, das geht nicht. Kriegsverbrechen!“

Aber, so Lanz weiter: „Das Gleiche, den gleichen Satz, habe ich im Zusammenhang mit Gaza noch von keinem Mitglied dieser Regierung gehört. Oder ist mir da etwas entgangen?“ (...)

—

11. FR: Nancy Fraser über Ausladung von Uni Köln:

„Wird der deutschen Wissenschaft erheblichen Schaden zufügen“

<https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/erheblichen-schaden-zufuegen-nancy-fraser-ueber-ausladung-von-uni-koeln-dieser-vorgang-wird-der-deutschen-wissenschaft-92992311.html>

Nancy Fraser über Ausladung von Uni Köln:

„Wird der deutschen Wissenschaft erheblichen Schaden zufügen“

Stand: 10.04.2024, 04:47 Uhr

Von: Hanno Hauenstein

Die renommierte Philosophin Nancy Fraser über ihre Ausladung von der Universität zu Köln, die deutsche Verirrung im Umgang mit Israel und die Empörung in den USA.

Nancy Fraser, die Universität zu Köln hat Sie jüngst von der Albertus-Magnus-Professur ausgeladen. Was hätte dies für Sie beinhaltet?

Die Professur beinhaltete einen mehrtägigen Besuch und öffentliche Vorträge im Rahmen eines Programms, das dem offenen Austausch gewidmet sein sollte.

Ich wollte dort Vorträge zu meinem aktuellen Buchprojekt über die drei Aspekte der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft halten, ein Thema, das mit Israel oder Palästina direkt nichts zu tun hatte. Ich hatte mir viel Mühe gegeben, diese Vorträge zu schreiben. Übrigens habe ich auch ein teures Flugticket gekauft.

Wie kam es aus Ihrer Sicht zu der Absage?

Vor ein paar Tagen erhielt ich eine E-Mail von Professor Andreas Speer, der für die Organisation der Veranstaltungen zuständig ist. Er erzählte mir, dass er vom Rektor der Universität Köln gehört hatte, der besorgt war, dass ich im November die Erklärung „Philosophy for Palestine“ unterzeichnet hatte, und wollte, dass ich meinen Standpunkt klarstelle.

Ich dachte: Was für eine Frechheit! Was geht es ihn an, welche Ansichten ich über den Nahen Osten habe? Ich bin freie Mitarbeiterin, ich kann unterschreiben, was ich will. Andererseits wollte ich nicht gleich auf Konfrontationskurs gehen.

Also habe ich zurückgeschrieben und gesagt, dass es natürlich viele verschiedene Ansichten zu Palästina und Israel gibt, und es auf allen Seiten viel Schmerz gibt, einschließlich des Schmerzes, den ich als Jüdin selbst erfahren habe.

Aber es gibt eins, worüber die es keine Meinungsverschiedenheiten geben kann. Dafür habe ich eine Zeile aus einer Erklärung zitiert, die der Rektor auf der Uni-Website veröffentlicht hatte, wo es um die Bedeutung offener und respektvoller Diskussion geht.

Also sagte ich Herrn Speer, bitte versichern Sie dem Rektor, dass er auf mich zählen kann, wenn es um eine offene und respektvolle Diskussion geht. Ich dachte, damit wäre die Sache erledigt.

Tatsächlich erhielt ich kurze Zeit später eine E-Mail vom Rektor, in der er mir mitteilte, dass er keine andere Wahl habe, als die Einladung zurückzuziehen.

Es steht da schwarz auf weiß geschrieben, dass ich gecanceled bin, weil ich diesen Brief unterschrieben und das in unserer anschließenden Kommunikation nicht widerrufen habe. (...)

Sie sprechen von einem Verstoß gegen die Richtlinien der Universität. Planen Sie rechtliche Schritte?

Ich habe darüber nachgedacht. Es ist nicht meine Priorität. Ich schließe es aber auch nicht aus. In erster Linie möchte ich Leute überzeugen, dass dies ein bezeichnendes und ungeheuerliches Beispiel dafür ist, was viele Leute als einen viel breiteren Trend in Deutschland beschreiben würden.

Die Verantwortlichen an deutschen Universitäten und Kunstinstitutionen und in der deutschen Bundesregierung, die sowas abnicken, verstoßen eindeutig gegen akademische und offen gesagt auch verfassungsrechtlich verbrieft Normen politischer Freiheiten. Dieser Vorgang wird der deutschen Wissenschaft erheblichen Schaden zufügen.

Nancy Fraser: „Der Vorgang ist eine Beleidigung der New School und meiner Person“

Betrachtet man die jüngsten Furore und Absagen in Deutschland, könnte man sagen, Sie befinden sich gewissermaßen in guter Gesellschaft. Es gab die Fälle von Masha Gessen, Ghassan Hage, Judith Butler und anderer. Viele davon sind, wie Sie selbst auch, jüdisch. Besorgt Sie das?

Mich persönlich nicht. Ich sitze in New York und habe viel Unterstützung, unter anderem in Form eines sehr deutlichen Briefs der Präsidentin meiner eigenen Universität, der New School, Donna Shalala.

Er steigt mit der großartigen Zeile ein: „Albertus Magnus wäre entsetzt gewesen!“ Shalala schreibt, dass es gerade für eine deutsche Institution besorgniserregend ist, ein Fakultätsmitglied der New School zu canceln.

Immerhin ist das eine Institution, die nicht nur deutsche Wissenschaftler:innen rettete, die vor dem Faschismus flohen, sondern auch einen Raum schuf, wo ebenjenes kritische Denken weitergeführt werden konnte, das in Deutschland ausgelöscht worden war.

Die New School hat zu dem Gedankengut beigetragen, das wir heute Kritische Theorie nennen, so wie ich auch. Der Vorgang in Köln ist eine Beleidigung der New School und meiner Person. Und, noch wichtiger: ein Verstoß gegen Normen akademischen Freiheit. (...)

Zur Person

Nancy Fraser, geboren 1947 in Baltimore, ist Henry A. and Louise Loeb Professor of Political and Social Science und Professorin für Philosophie an der New School for Social Research in New York. Sie ist eine Nachfolgerin Hannah Arendts. Sie gilt als eine der bedeutendsten Intellektuellen.

Die Philosophin forscht seit über 20 Jahren (...) zu sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Feminismus und sorgt mit ihren Thesen für weltweit öffentliche Debatten. Im Suhrkamp-Verlag sind u.a. von ihr erschienen: „Was stimmt nicht mit unserer Demokratie?“ und „Kapitalismus“.

—

12. IPG: Marcus Schneider: Zeichen auf Sturm

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/zeichen-auf-sturm-7430/?utm_campaign=de_40_20240405&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Außen- und Sicherheitspolitik 04.04.2024

Marcus Schneider

Zeichen auf Sturm

Israels Angriff auf das iranische Konsulat in Syrien steigert die Gefahr einer Eskalation im Nahen Osten. Droht eine Ausweitung des Krieges?

Fast sechs Monate nach Beginn des Gazakrieges scheint ein Ende in weiterer Ferne denn je. Die regionalen Entwicklungen deuten zunehmend auf Sturm.

Der israelische Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus – in Missachtung aller diplomatischer Gepflogenheiten – markiert einen neuerlichen Eskalationshöhepunkt, der Vergeltung geradezu herausfordert. Kann ein Flächenbrand mit ungewissen Folgen noch verhindert werden?

Je nach Lesart ist das Glas nach sechs Monaten Krieg halbvoll oder halbleer. In der halbvollen Version ist es der Hegemonialmacht USA gelungen, den heißen Konflikt zwischen Israel und der radikalislamistischen Hamas auf Gaza begrenzt zu halten.

Trotz erheblichen öffentlichen Drucks und einer sich verschärfenden Rhetorik sind die israelisch-arabischen Friedensabkommen weiter intakt. Die Kommunikation zwischen Washington und Teheran ist so intensiv wie seit Jahren nicht mehr: Beide Seiten versichern sich, keinen großen Regionalkrieg zu wollen.

Auch Irans langjähriger Rivale um die Vorherrschaft im Nahen Osten, Saudi-Arabien, unternimmt alles, um im Bermudadreieck zwischen Teheran, Tel-Aviv und Washington darauf hinzuwirken, dass Gaza die ganze Region nicht in den Abgrund stürzt. Katar und Ägypten vermitteln zwischen Israel und der Hamas. Keiner will den Krieg, so scheint es. Und doch rückt er womöglich näher.

Die pessimistische Lesart beschreibt eine Eskalation in Zeitlupe, an deren Ende unvermeidlich eine Ausweitung der Kampfzone steht. Nach dieser hat die amerikanische Pendeldiplomatie wenig gebracht.

Die Auseinandersetzungen an der israelisch-libanesischen Demarkationslinie haben sich längst zu einem veritablen Krieg ausgewachsen. Die Zahl getöteter Hisbollahkämpfer übersteigt mittlerweile die aus dem Libanonkrieg 2006. Die mit Iran verbündete Huthimiliz hat das Rote Meer effektiv zur No-Go-Area für die westliche Handelsschifffahrt gemacht.

Auch die US-geführte Militärkoalition konnte dieser Tatsache bislang wenig entgegenzusetzen. Die iranische Strategie besteht darin, für die

Zeit der in Gaza tobenden Kampfhandlungen überall in der Region den Druck auf die USA und Israel zu erhöhen, dabei allerdings die ganz große Eskalation zu vermeiden. Zündeln, aber nichts abfackeln – dieser Teheraner Drahtseilakt scheint nun an sein Ende gekommen.

Mit der gezielten Tötung Mohammed Reza Zahedis, des höchstrangigen ausgeschalteten iranischen Kommandeurs seit dem Attentat auf Soleimani, zwingt Israel Iran nun, Farbe zu bekennen.

Die in Missachtung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen durchgeführte Attacke auf das Damaszener Konsulat ist ein signifikanter Eskalationsschritt, der Teherans Glaubwürdigkeit vor den eigenen islamistischen Verbündeten herausfordert. Auch die Hardliner im eigenen Land drängen auf Vergeltung.

Die Wiederherstellung dessen, was Teheran als seine Abschreckungsfähigkeit beschreiben würde, führt allerdings direkt ins Risiko eines Kriegsausbruchs im libanesisch-syrisch-israelischen Grenzraum. Noch bleibt die Hisbollah dort unter ihren militärischen Möglichkeiten, frisst Verluste und übt sich trotz aller Bombenschläge in strategischer Zurückhaltung. Die Frage ist, wie lange noch?

Israel dagegen, so es den Krieg denn nicht bereits aktiv sucht, nimmt dessen Ausbruch zumindest in Kauf. Dabei wäre ein solcher Krieg noch mehr als der in Gaza ein Himmelfahrtskommando mit ungewissem Ausgang. Gaza ist bislang Israels längster Krieg.

Und auch nach sechs Monaten ist das Kriegsziel, nämlich die Niederlage und militärische Ausschaltung der Hamas, nicht erreicht. Die jüngsten Kämpfe um das Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt werfen die Frage auf, ob dies selbst durch die angekündigte und von den engsten Verbündeten bereits im Vorfeld geächtete Rafah-Offensive gelänge. Ganz offensichtlich ist die Hamas in allen Teilen Gazas weiter einsatzfähig.

Im Libanon droht nun womöglich ein ähnliches Desaster, wenn ein militärisches Abenteuer ohne realistische politische Zielsetzung begonnen wird. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin wies richtigerweise darauf hin, dass sich militärische Siege auch in strategische Niederlagen verwandeln können.

Im Falle Israels stellt sich die Frage, ob dies nicht längst der Fall ist. Die Art der Kriegsführung in Gaza, die Bilder extremer Zerstörung, die hohen Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung ebenso wie der von Israel bisher schwer zu entkräftende Vorwurf, dass dort zwei Millionen Menschen gezielt ausgehungert werden – der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sprach von „Hunger als Kriegswaffe“ – haben das Land an den Rand der internationalen Ächtung gebracht.

War es Premier Netanjahus erklärtes Ziel, die Palästinenserfrage außenpolitisch zu marginalisieren und selbst bei andauernder Besatzung und Unterdrückung die Beziehungen zur arabischen Welt zu normalisieren, kann dies nach dem Gazakrieg als völlig gescheitert betrachtet werden.

Gerade für den Globalen Süden ist diese Frage zu einem Kristallisationspunkt seiner postkolonialen Identität geworden. Zudem

bietet der Krieg in Gaza verschiedenen Akteuren die Gelegenheit, dem Westen Doppelmoral und Heuchelei vorzuwerfen.

Hier stellt sich dann auch die Frage nach der grundsätzlichen Beziehung zwischen Israel und seinen engsten westlichen Verbündeten: Neben den Vereinigten Staaten ist dies die Bundesrepublik Deutschland.

Während bei den hegemonialen Kräften in Israel angesichts der globalen Mehrheitsmeinung offensichtlich längst eine „Viel Feind, viel Ehr“-Logik vorherrscht, sollte es Washington und Berlin sehr wohl besorgen, dass ihr eigenes Standing in der Welt unter der nahezu totalen Unterstützung für Israel leidet.

Nicht nur, weil die USA durch sehr gewagte Schritte wie das Damaszener Konsulatsbombardement auch militärisch immer tiefer in eine Eskalationslogik hineingezogen werden. Eine Eskalation, an der sie kein Interesse haben, die ihr vermeintlicher Klientelstaat aber immer aktiver herbeiführt.

Da mag die Bundesaußenministerin die viel beschworene Zweistaatenlösung wie eine Monstranz vor sich herschleppen. Die Realität ist eine andere. Es wird mit den derzeit dominierenden Kräften in Israel keine Zweistaatenlösung geben.

Die Ablehnung ist seit dem 7. Oktober noch grundsätzlicher geworden – und jeden Tag wird diese Lösung aufs neue und noch weitergehender hintertrieben. Noch wahnhafter erscheint der Glaube der Biden-Administration, den gordischen Knoten mithilfe einer Art Megadeal mit dem saudischen Kronprinzen zu durchschlagen.

Warum sich letzterer als de facto Anführer der islamischen Welt nun auf die Seite Israels schlagen sollte, bleibt ein ähnliches Washingtoner Geheimnis wie die Frage, warum ein Israel, dem die globale Mehrheitsmeinung egal ist, nun ausgerechnet Riad die geforderte Zweistaatenlösung auf dem Silbertablett servieren sollte?

Letztlich führt kein Weg daran vorbei, zu erkennen, dass die nahezu bedingungslose Unterstützung Israels durch Washington und Berlin sowohl die eigenen außenpolitischen Interessen als auch das Bekenntnis zur regelbasierten Weltordnung konterkarieren.

So machen sich die USA zum Gespött der Welt, wenn es das Instrument der „nicht-bindenden“ Sicherheitsratsresolution erfindet. Ist das ein Blick in die Zukunft einer „non-binding rules-based international order“?

In jedem Falle ist es eine Einladung an alle Autokraten dieser Welt, internationale Organisationen künftig noch mehr zu verachten. Auch die Einrichtung von Luft- und Seekorridoren zur Versorgung der verhungerten palästinensischen Zivilbevölkerung ist letztlich ein Offenbarungseid für den Westen.

Schließlich handelt es sich bei Israel nicht um einen wildgewordenen Schurkenstaat, sondern eigentlich um eine verbündete Demokratie. Für letztere sollten auch die wiederholten Ordnungsrufe des wegen Völkermordanklage angerufenen Internationalen Gerichtshofs ein No-Go sein.

Dass die britische Regierung die Einschätzungen der regierungseigenen Völkerrechtsexperten unter Verschluss hält, um zu verhindern, dass die militärische Unterstützung Israels ausgesetzt wird, zeigt wie sehr westliche Regierungen an den eigenen Regeln vorbeihantieren müssen.

Als größte militärische und politische Unterstützer Tel-Avivs nutzen weder Washington noch Berlin den eigenen Instrumentenkasten, um mehr Druck auf Israel aufzubauen. Die rhetorischen Absatzbewegungen der letzten Wochen können kaum kaschieren, dass hinter den Kulissen der ununterbrochene militärische Support weiterläuft.

Das Risiko dieser Strategie ist nicht nur die unmittelbare Eskalationsgefahr sowie die Isolierung der westlichen Führungsnationen in der Welt. Am Elend von Gaza wird gerade in muslimischen Ländern eine ganze Generation politisiert.

Der Westen verliert hier die hearts and minds gerade progressiv-gesinnter Bündnispartner während der eigentlich seinen Zenit bereits überschritten habende Islamismus durch die Instragramisierung von Terrororganisationen wie Hamas, Hisbollah und Huthis einen Revitalisierungsschub erfährt.

Die schwelende Palästinafrage ist für einen regional so destabilisierenden Akteur wie Iran eine first class Eintrittskarte in die Arabische Welt. Während es daheim die eigene Bevölkerung schikaniert, kann es sich global als Kämpfer gegen israelische Unterdrückung profilieren.

Die Elendsbilder aus Gaza nutzen jedoch auch Wladimir Putin. Nicht nur, weil die eigenen Verbrechen in der Ukraine so in einem milderen Licht erscheinen, sondern weil mit der in Gaza verendenden regelbasierten Ordnung auch die globale Argumentation für die Ukraine ins Hintertreffen gerät.

Der Westen sollte sich fragen, ob er den eigenen Ruf weiter für eine von Siedlerextremisten getriebene israelische Regierung aufs Spiel setzen mag. Die sonst so wertegeliteten Regierungen in Washington und Berlin verkennen nahezu systematisch den politischen Charakter der israelischen Regierung, die einen Krieg führt, der sich mindestens genauso gegen die palästinensische Selbstbestimmung richtet wie gegen die Terrororganisation Hamas.

Die jetzigen Eskalationsschritte sollten ein Weckruf sein, bevor es womöglich zu spät ist. Es ist kein Zustand, dass die Frage von Krieg und Frieden sich jetzt an einer anstehenden iranischen Überreaktion entscheidet.

Der Weg zu einem ersten zarten Frieden führt, wie vom Weltsicherheitsrat eingefordert, über einen Waffenstillstand in Gaza. Nicht nur zur Versorgung der von den Augen der Welt verhungerten Zivilbevölkerung, sondern auch als Auftakt zu einem ernstgemeinten politischen Prozess.

Lippenbekenntnisse reichen nicht mehr. Der Schlüssel zu diesem Weg liegt in Washington, allerdings auch in Brüssel und Berlin. Wer sich weigert, ihn zu nutzen, macht sich mitschuldig am Elend.

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

13. Forum ZFD: Gaza: Waffenstillstand JETZT

<https://www.forumzfd.de/de/gaza-waffenstillstand-jetzt>

Gaza: Waffenstillstand JETZT

Appell zum Stopp von Waffenlieferungen an Israel und bewaffnete palästinensische Gruppen

Das forumZFD fordert mit 165 Organisationen in einem offenen Aufruf an alle UN-Mitgliedstaaten, die Krise im Gazastreifen nicht weiter anzuhetzen und die Fortsetzung der humanitären Katastrophe sowie den Verlust weiterer ziviler Menschenleben zu verhindern.

(...)

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und appellieren an alle Staaten, die Lieferung von Waffen zu stoppen, die zur Begehung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte verwendet werden können.

Der UN-Sicherheitsrat muss seiner Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der globalen Sicherheit gerecht werden, indem er Maßnahmen ergreift, um mit sofortiger Wirkung Waffentransfers an die israelische Regierung und bewaffnete palästinensische Gruppen zu stoppen und die Lieferung von Waffen zu verhindern, die bei der Begehung internationaler Verbrechen eingesetzt werden könnten.

Alle Staaten haben die Pflicht, Gräueltaten zu verhindern und die Einhaltung von Normen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu fördern. Es ist längst überfällig, dass die internationale Gemeinschaft diesen Verpflichtungen nachkommt.

—

Hier können Organisationen den Appell mitunterzeichnen:

https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeF0lwTIXDk_IR1idgNdTB1NNlthv96EXCPamX4x16kjcDv0g/viewform

—

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015
Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoennungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt